



Im Lokalteil

Kommt das Bürgerbegehren?

Darum geht es: Die Bürgerinitiative „Sicher ins Städtle“ hat fast 4000 Unterschriften gesammelt – der Gemeinderat muss sich also vielleicht doch nochmal mit dem Thema beschäftigen. Wie geht es mit der Fahrradstraße jetzt weiter? Und was sagen Anwohner der Klarenbergstraße dazu?

Darum ist das wichtig: Die Klarenbergstraße beschäftigt den Gmünder Gemeinderat mindestens seit 2022. Zuletzt hatte das Gremium das Vorhaben mehrheitlich wieder gekippt. Sollte die Bürgerinitiative genügend Stimmen gesammelt haben, könnte sich der Gemeinderat umentscheiden – oder ein Bürgerbegehren zulassen. **So geht es weiter:** Der Gmünder Gemeinderat berät voraussichtlich in der Sitzung am 2. Juli über das Thema Klarenbergstraße. Sollte es zu einem Bürgerbegehren kommen, würde es noch dieses Jahr stattfinden. » Seite 13

Naturschutzgebiet eingezäunt

Darum geht es: Das Naturschutzgebiet Lindenefeld, das früher einmal ein Truppenübungsplatz war, ist neuerdings in großen Teilen mit einem Elektrozaun, der bis in den Wald hineinreicht, eingezäunt. Dort sollen Kühe und Ziegen künftig die Schafe bei ihrer Arbeit unterstützen.

Darum ist es wichtig: Um die Biodiversität zu erhalten und zu fördern, muss der Übergang zwischen Wald und offener Fläche fließender gestaltet werden. Kühe und vor allem Ziegen können im Wald lichte Flächen schaffen und tragen dadurch aktiv zum Naturschutz bei.

So geht es weiter: Nachdem der gut 35 ha große Bereich eingezäunt wurde, sucht der Landschaftserhaltungsverband Ostalbkreis nach einem passenden Beweider, der dann ab Herbst, spätestens aber ab Winter, seine Kühe und Ziegen auf der Fläche weiden lässt. » Seite 17

Vorfreude auf Bike the Rock

Darum geht es: An diesem Wochenende, 17. und 18. Mai, steigt die nächste Auflage des Mountainbike-Festivals Bike the Rock in Heubach, für das Fahrer aus nah und fern, nicht wenige auch aus dem Ausland, die Reise unter den Rosenstein antreten. Die Rems-Zeitung hat mit Teilnehmern aus der Region und von einer Mannschaft, deren Teamchef ein Böbinger ist, über ihre Vorbereitung und Ziele gesprochen.

Darum ist es wichtig: Von einem reinen Hobbyrennen hat sich das Bike the Rock in den vergangenen 25 Jahren zu einem festen Termin im internationalen Rennkalender mit Teilnehmern aus bis zu 30 Ländern entwickelt. In der Disziplin „Cross Country“ stellt das Bike the Rock die wichtigste und größte Veranstaltung bundesweit dar. **So geht es weiter:** Während das Bike the Rock für einige Mountainbiker den Höhepunkt ihres sportlichen Jahres markiert, nutzen andere das stimmungsvolle Event als Trainingsrennen für den anstehenden Weltcup. Der startet schon nächste Woche im tschechischen Nove Mesto. » Seite 19

Börse

Dax	Euro-Stoxx 50	Euro
23638,56 Pkt. +72,02 Pkt.	5411,27 Pkt. +18,91 Pkt.	1,1112 Dollar +0,06 Cent

Wetter



Mittags 24° | Nachts 6°

Jede Menge Sonnenschein, später gibt es Wolkenfelder



Jeder Zweite im Land rechnet nicht mit Krieg

BaWü-Check Russland greift die Ukraine weiter an, dennoch fühlen sich die meisten Menschen im Südwesten sicher, wie eine Umfrage baden-württembergischer Tageszeitungen zeigt.

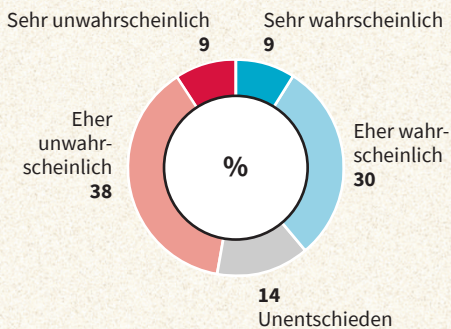
VON ANNIKA GRAH

STUTT GART. Trotz des Angriffskriegs in der Ukraine hält fast die Hälfte der Baden-Württemberger es für eher oder sehr unwahrscheinlich, dass Deutschland in einen Krieg verwickelt wird. Das ist das Ergebnis des aktuellen BaWü-Checks, einer Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen. 39 Prozent halten das für sehr oder eher wahrscheinlich.

Dabei ist Deutschland längst Ziel russischer Attacken geworden, wie der Kommandeur des Landeskommandos Baden-Württemberg der Bundeswehr, Michael Giss, seit einigen Monaten warnt. „Die hybride Angriffsphase Russlands läuft, und das schon länger“, sagte er schon Anfang des Jahres unserer Zeitung. Auch Innenminister Thomas Strobl betonte vor wenigen Wochen: „Wir müssen uns so konkret wie seit Jahrzehnten nicht mehr auf den Ernstfall vorbereiten.“ Die Landesregierung nahm Anfang April Gespräche mit Kommunen und Landkreisen auf, die für den zivilen Teil der deutschen Verteidigungs-

Minderheit erwartet Krieg

Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass Deutschland in den nächsten Jahren in einen Krieg verwickelt wird?



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6184/V
Grafik: Locke

strategie zuständig sind. Die Szenarien der Nato gehen eher davon aus, dass Russland Staaten des Militärbündnisses im Osten angreifen wird. Deutschland würde dann zur Drehscheibe für Truppentransporte und Nachschub.

Das könnte erklären, warum dreiviertel der Befragten sich nach wie vor sicher oder sehr sicher fühlen, obwohl gleichzeitig mehr als die Hälfte der Befragten glaubt, Baden-Württemberg sei weniger oder gar nicht gut auf Krisen oder Katastrophen vorbereitet. Unter den Sorgen, die die Menschen umtreiben, rangieren militärische Konflikte auf Platz fünf, hinter Themen wie der Inflation und der wirtschaftlichen Lage. Käme es zu einem militärischen Angriff auf Deutschland, wäre jeder Vierte bereit, zur Waffe zu greifen. Etwa die Hälfte der Befragten wären nicht dazu bereit.

Zugleich blickt der Südwesten so optimistisch in die Zukunft wie seit fast zwei Jahren nicht mehr. 35 Prozent sehen dem kommenden Jahr mit Hoffnungen entgegen. 30 Prozent sind sehr besorgt, weitere 25 Prozent skeptisch.

Leitartikel

Grundsteuer: Hebesätze liegen oft über Empfehlung

Jede vierte Kommune in der Region wählt einen höheren Hebesatz als empfohlen. Im Schnitt dürften die Grundsteuereinnahmen steigen.

VON JAN GEORG PLAVEC

STUTT GART. Zahlreiche Gemeinden in der Region Stuttgart haben für die Grundsteuer B einen höheren Hebesatz gewählt als vom Finanzministerium empfohlen. Unsere Zeitung hat für alle 179 Kommunen den festgelegten Hebesatz mit dem vom Finanzministerium im Transparenzregister veröffentlichten Höchstwert verglichen. Liegt der Hebesatz oberhalb dieses Höchstwerts, erwartet das Haus von Danyal Bayaz (Grüne) höhere Grundsteuereinnahmen als vor der Reform. Unter diese Kategorie fallen 48 Kommunen.

130 Kommunen bewegen sich mit ihrem Hebesatz innerhalb des vom Ministerium errechneten, aufkommensneutralen Korridors. Insgesamt liegen die Gemeinden in der Region am obersten Rand dessen, was das Finanzministerium empfiehlt. Das deutet an,

dass sie in der Summe 2025 mehr Grundsteuer einnehmen als vor der Reform – der Gesetzgeber hatte eigentlich eine aufkommensneutrale Steuerreform versprochen.

Kommunen mit Hebesätzen, die deutlich über der Empfehlung des Ministeriums liegen, begründen dies auf Anfrage mit finanziellen Nöten und anstehenden Investitionen. Ein am Montag veröffentlichter Appell der Oberbürgermeister in der Region an Bund und Land unterstreicht dies. „Selbst in der Region Stuttgart können die meisten Kommunen aktuell keinen ausgeglichenen Haushalt mehr vorlegen“, heißt es darin. Zusätzlich von Bund und Land übertragene Aufgaben seien nicht gegenfinanziert. Viele Kommunen in der bislang prosperierenden Region hätten keinen finanziellen Handlungsspielraum mehr und würden künftig kommunale Leistungen einschränken.

Kommentar

Innenminister geht gegen Reichsbürger vor

Der Verein „Königreich Deutschland“ wird verboten. Parallel gibt es Razzien – auch in Baden-Württemberg.

STUTT GART. Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) hat den Verein „Königreich Deutschland“ verboten. Die Gruppe gilt als größte im Bereich der Reichsbürger- und Selbstverwalterszene. Ihr sollen bundesweit rund 1000 Menschen angehören. Gleichzeitig hat es Razzien in sieben Bundesländern gegeben. Dabei wurden vier Männer festgenommen. Es soll sich um die führenden Köpfe handeln. Auch in Mainhardt (Landkreis Schwäbisch Hall) wurde ein Haus durchsucht. In Baden-Württemberg rechnet der Verfassungsschutz der Gruppe eine dreistellige Zahl an Anhängern zu.

Die Mitglieder des Vereins leugnen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland. Sie sollen einen Parallelstaat mit eigenen Gesetzen angestrebt haben. jbo

Kommentar

Zu viel versprochen

Hausbesitzer zahlen nach der Reform in Summe wohl mehr Grundsteuer. Das ist aber das kleinere Problem.

VON JAN GEORG PLAVEC

Die neue Grundsteuer ist oft kritisiert worden. Es ging etwa um die krassen Einzelfälle privater Grundstücksbesitzer, die nach der Reform sehr viel mehr (oder sehr viel weniger) zahlen sollten – ohne dass es dafür einen ersichtlichen Grund gab. Weniger thematisiert wurde die hinter der Reform steckende Idee, dass Menschen, deren Heim auf einem kleineren Grundstück steht, entlastet werden. Auch die von der Regierung versprochene Aufkommensneutralität – also dass die Kommunen im Summe ähnlich viel einnehmen wie vor der Reform – hat bislang kaum einer bilanziert. Schließlich musste das Geld erst einmal eingetrieben werden.

Nun zeigt eine Recherche unserer Zeitung, dass in der Region Stuttgart am Ende wohl doch mehr Grundsteuer in den kommunalen Kassen landen dürfte als zuvor. Dass die Steuererhöhung von den Bürgern akzeptiert wird, spricht für die Erklärleistung der Politiker und Verwaltungen vor Ort. Für viele Einzelne geht es auch nicht um Unsummen. Trotzdem brechen Kämmerer und Bürgermeister in der Region in mehreren Fällen das Versprechen aus Berlin und Stuttgart.

Ein Skandal ist das aber eher nicht. Vielmehr offenbart die Finanzfrage Risse in der föderalen Architektur. Der verzweifelte Appell der Oberbürgermeister in der Region an Bund und Land verdeutlicht, dass Aufgaben und damit auch Einnahmen und Ausgaben neu sortiert werden müssen. Möglichst ohne, dass jemand irgendetwas verspricht.

Rente: Selbstständige gesprächsbereit

STUTT GART. Die Beamtenvertreter sind empört – die Bundesarbeitsgemeinschaft der Selbstständigenverbände zeigt sich dialogbereit. So kontrovers fallen die Reaktionen auf den Vorstoß von Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) aus, die mit der Einbeziehung von Beamten und Selbstständigen für eine breitere Basis an Einzahlenden in die gesetzliche Rentenversicherung sorgen will.

„Eine Altersvorsorgepflicht wird von vielen Selbstständigen nicht grundsätzlich abgelehnt“, sagte Jörn Freynick, Generalsekretär der Bundesarbeitsgemeinschaft. Zuerst brauche es eine Gesamtstrategie. Auch die Präsidentin der Deutschen Rentenversicherung Bund, Gundula Roßbach, ist für eine zügige Einbindung der Selbstständigen. mss